

Der Dieb im Betrieb



Wirtschaftskriminalität. Unterschlagung, Betrug, Insolvenzverschleppung: Mehr als 70.000 Wirtschaftsdelikte registrierte das Bundeskriminalamt im Jahr 2022 in Deutschland. Zwar werden die meisten Wirtschaftsverbrechen aufgeklärt, dennoch ist der Schaden mit rund 2 Milliarden Euro hoch. Dies gilt umso mehr, als die bekannt gewordenen Fälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen, wie Dominik Enste und Jennifer Potthoff im iwd-Interview erklären. Die beiden IW-Verhaltensökonominnen haben ausgerechnet, wie hoch die Umsatzeinbußen in Deutschland aufgrund von nicht aufgedeckten Korruptionsfällen, Kartellabsprachen und Schwarzarbeit sind. —> [Seiten 2-5](#)

Energiewende

Um die Finanzierung neuer Windkraftanlagen zu sichern, sollte die EU steuerliche Anreize für Kapitalmarktinvestoren und Kleinanleger einführen.

—> [Seite 6](#)

Tarifpolitik

Das IW hat Beschäftigte der Metall- und Elektro-Industrie danach gefragt, warum sie sich für oder gegen den Beitritt zu einer Gewerkschaft entschieden haben.

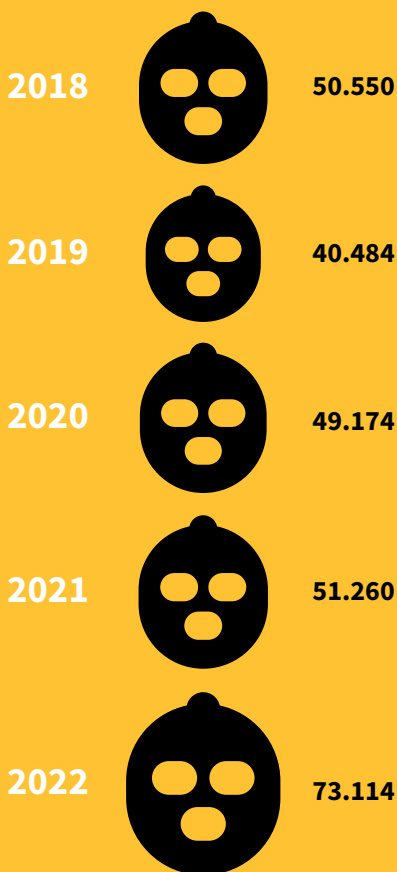
—> [Seiten 12-13](#)

Tatort Firma

Wirtschaftskriminalität. In Deutschland wurden im Jahr 2022 mehr als 73.000 Wirtschaftsdelikte registriert. Obwohl wirtschaftskriminelle Handlungen nur einen geringen Anteil an allen Straftaten ausmachen, ist der Schaden, der durch Insolvenzdelikte und Betrug entsteht, enorm.

Wirtschaftskriminalität: Steiler Anstieg

Zahl der polizeilich erfassten
Wirtschaftsdelikte in Deutschland



Quelle: Bundeskriminalamt
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Männlich, Ende 30 bis Mitte 40, hohes Bildungsniveau, mehrjährige Berufserfahrung in einer Führungsposition. Was sich wie eine klassische Partnerschaftsannonce liest, sind die typischen soziodemografischen Merkmale eines Wirtschaftskriminellen. Erst die Persönlichkeitsmerkmale, die diese Täter überproportional aufweisen, dürften wenig Resonanz bei Kontaktanzeigen erzeugen: Wirtschaftskriminelle sind zwar oft extrovertiert und offen für neue Erfahrungen, aber auch tendenziell neurotisch, wenig gewissenhaft und sozial unverträglich. Auch Narzissmus ist bei ihnen häufiger anzutreffen.

Warum sollte man all dies wissen? Weil Wirtschaftskriminalität ein wachsendes Problem ist, das nur mithilfe von umfangreichem Wissen – auch über die Täter – und entsprechender Prävention angegangen werden kann. Ein paar Zahlen dazu (Grafik):

Im Jahr 2022 erfasste das Bundeskriminalamt gut 73.000 Fälle von Wirtschaftskriminalität in Deutschland – das waren fast 22.000 Fälle mehr als im Jahr zuvor.

In Bezug auf alle polizeilich bekannt gewordenen Straftaten kamen die Wirtschaftsdelikte im Jahr 2022 zwar gerade einmal auf einen Anteil von 1,3 Prozent, doch der monetäre Schaden war mit annähernd 2,1 Milliarden Euro beträchtlich und belief sich auf mehr als ein Drittel des Gesamtschadens aller Straftaten. Anders ausgedrückt: Wirtschaftskriminelle Handlungen werden im Vergleich zu anderen Delikten und Vergehen in Deutschland zwar relativ selten begangen, ihr ökonomischer Schaden ist jedoch sehr groß.

Das Bundeskriminalamt unterscheidet Fälle von Wirtschaftskriminalität in sieben Deliktsbereichen. Im Jahr 2022 drehten sich die meisten Wirtschaftsdelikte um Betrug (Grafik Seite 3):

Fast 54.000 Betrugsfälle führten in Deutschland im Jahr 2022 zu einem Schaden von 887 Millionen Euro.

Den zweitgrößten Schaden verursachten Insolvenzdelikte mit 859 Millionen Euro – allerdings war die Zahl dieser Straftaten mit knapp 6.400 deutlich niedriger als bei den Betrugsfällen.



Wirtschaftskriminalität: Wie betrogen wird

So viele Millionen Euro Schaden verursachten diese polizeilich erfassten Wirtschaftsdelikte in Deutschland im Jahr 2022

		Zahl der Delikte
Betrug	887	53.874
Insolvenzdelikte	859	6.388
Anlage- und Finanzierungsdelikte	224	3.412
Betrug/Untreue bezüglich Kapitalanlagen	195	3.169
Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen	73	2.744
Arbeitsdelikte	53	3.989
Wettbewerbsdelikte	3	1.019

Wirtschaftsdelikte: Mehrfachzuweisungen möglich

Quelle: Bundeskriminalamt
© 2024 IW Medien / iwd



Im Bundesländervergleich hatte Schleswig-Holstein mit 34.800 Wirtschaftsdelikten im Jahr 2022 die höchste Fallzahl, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 8.245 und Berlin mit 6.517 Wirtschaftsstraftaten. Die wenigsten wirtschaftskriminellen Handlungen verzeichneten Sachsen-Anhalt (620), Thüringen (611), Mecklenburg-Vorpommern (538) sowie das Saarland (409).

Grundsätzlich werden viele Straftaten in Deutschland nicht aufgeklärt – bei Wohnungseinbrüchen beispielsweise beträgt die Rate nur rund 16 Prozent. Das ist bei bekannt gewordenen Wirtschaftskriminalfällen anders:

Die Aufklärungsquote von Wirtschaftsdelikten lag 2022 bei annähernd 92 Prozent.

Das ist darauf zurückzuführen, dass die Person, die die Anzeige aufgibt, oftmals auch gleich den oder die wirtschaftskriminellen Tatverdächtigen nennen kann. Allerdings ist bei Wirtschaftsdelikten von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Eine

repräsentative Untersuchung der Unternehmensberatung KPMG aus dem Jahr 2023 zeigt, dass sich von 1.001 Unternehmen in Deutschland jedes dritte mit wirtschaftskriminellem Sachverhalten konfrontiert sah. Eine Studie der Unternehmensberatung PWC kommt sogar zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2022 weltweit nahezu jedes zweite Unternehmen von Wirtschaftskriminalität betroffen war.

Um das wachsende Problem der Wirtschaftskriminalität einzudämmen, sind auch die Unternehmen selbst gefordert. Sie können die Zahl der Delikte mittels Präventionsmaßnahmen reduzieren. Einige Beispiele:

- Firmen sollten regelmäßige Schulungen anbieten, die ethische Grundsätze und rechtliche Anforderungen thematisieren. Ebenso hilfreich sind IT-Schulungen, die die Wahrnehmung von und das Wissen über Cyberattacken verbessern.
- Unternehmen sollten Anlaufstellen im Betrieb einrichten, bei denen Mitarbeiter anonym Hinweise auf

mögliches Fehlverhalten äußern können.

- Vorgesetzte sollten im Rahmen von Führungskräfte meetings regelmäßig daran erinnert werden, dass sie eine Vorbildrolle haben.
- Um sich vor externen Cyberangriffen zu schützen, sind oftmals technische Aufrüstungen erforderlich. Beim Eingehen neuer Geschäftsbeziehungen sollten Unternehmen darauf achten, dass der Handelspartner ebenfalls Wert auf Präventionsmaßnahmen gegen Wirtschaftskriminalität legt.
- Informationsmaterial sollte sich den sogenannten Framing-Effekt zunutze machen: Die Aufforderung „Sei kein Betrüger“ führt im Test dazu, dass die Teilnehmer weniger schummeln, als wenn sie „betrüge nicht“ lesen.

IW-Report 17/2024

Dominik Enste, Jennifer Potthoff:
Wirtschaftskriminalität – Entwicklungen, Täterprofile und Präventivmaßnahmen
iwkoeln.de/wirtschaftskriminalitaet

Interview. In Deutschland wurden zuletzt rund 73.000 Fälle von Wirtschaftskriminalität registriert. Doch die Dunkelziffer ist deutlich höher. So gehen die beiden IW-Verhaltensökonominnen **Jennifer Potthoff** und **Dominik Enste** davon aus, dass allein durch Korruption, Kartellabsprachen und Schwarzarbeit jährliche Umsatzeinbußen von 450 Milliarden Euro entstehen.

„Die Statistik zeigt nur die Spitze des Eisbergs“

Die Wirtschaftsdelikte in Deutschland sind zuletzt vor allem in Schleswig-Holstein regelrecht explodiert. Was ist da passiert?

Potthoff: Das geht auf ein einzelnes Sammelverfahren zurück, wo ein betrügerisches Unternehmen über eine Dating-Plattform den Nutzerinnen und Nutzern vorgeht, dass sie die präsentierten Personen wirklich kennenlernen können. Tatsächlich beutete es die Plattformkunden aber finanziell aus, insgesamt kamen so in Schleswig-Holstein mehr als 33.000 Schadensfälle nur aufgrund dieses einen Unternehmens zusammen.

Enste: Dieser Fall zeigt das Problem mit der offiziellen Statistik, die nur die Spitze des Eisbergs offenbart. Die aufgedeckten Fälle in Deutschland haben zuletzt rund 2 Milliarden Euro Schaden im Jahr verursacht. Das gesamte Dunkelfeld, also die Fälle, die nicht öffentlich werden, kommt im Jahr 2023 für die Delikte Korruption, Kartellabsprachen und Schwarzarbeit dagegen auf Umsatzeinbußen von hochgerechnet 450 Milliarden Euro.

Schaden sich Unternehmen, die Wirtschaftsdelikte im eigenen Betrieb vertuschen, damit nicht langfristig selbst?

Enste: Unternehmen schaden sich vor allem dann selbst, wenn sie keine Prävention betreiben: Wenn ein Betrieb seine Mitarbeiter zum Beispiel nicht vor Phishing-Mails warnt, dann steigt das Risiko, dass Beschäftigte Firmeninterna über solche unerkannten E-Mails preisgeben. Wir empfehlen Unternehmen deshalb, Präventionsmaßnahmen gegen Wirtschaftskriminalität zu ergreifen und das Thema nicht totzuschweigen.

Wo lauert für Unternehmen die größte Gefahr? Intern oder extern?

Potthoff: Umfragen zufolge werden in Deutschland Wirtschaftsdelikte etwa jeweils hälftig von externen Tätern und Internen – damit sind das Topmanagement, das Management und Mitarbeiter gemeint – begangen. Deshalb sind neben internen Schulungen auch Maßnahmen zur Erhöhung der Cybersicherheit wichtig, um sich vor externen Angriffen durch beispiels-

weise Kunden oder Lieferanten zu schützen.

Sie beschreiben in Ihrer Studie das typische Täterprofil von Menschen, die Wirtschaftsdelikte begehen: So weisen viele Wirtschaftskriminelle eine narzisstische Persönlichkeit auf. Warum sortiert man bei Neueinstellungen solche Persönlichkeiten nicht einfach aus?

Enste: Natürlich kann man mit Bewerbern einen Persönlichkeitstest machen, das Problem ist allerdings, dass die Beschreibung des perfekten Täters zugleich auch die Beschreibung einer typischen Führungskraft ist, die man gerne haben möchte: Menschen, die extrovertiert, engagiert und in der Lage sind, sich gut zu verkaufen. Sehr viele Narzissten befinden sich in Führungspositionen, weil sie entsprechende Eigenschaften haben, die zum beruflichen Erfolg beitragen. Umgekehrt führen diese Eigenschaften dazu, dass gerade diese Menschen eher dazu neigen, über die Stränge zu schlagen oder Betrug zu begehen, wenn die Karriere nicht mehr so steil nach



Foto: IW

oben geht. Das ist das Dilemma: Es hilft nichts, diese Charaktere auszusieben, denn dann siebt man zugleich sehr gute Führungskräfte aus.

Was ist aus Unternehmenssicht das einfachste und kostengünstigste Mittel, um Wirtschaftskriminalität zu verhindern?

Enste: Sehr effektiv sind Seminare für Führungskräfte zum integren Wirtschaften, die aufzeigen, wie Vorgesetzte eine wertschätzende Kontrolle ausüben können. So ausgebildete Führungskräfte können als Frühwarnsystem fungieren: Sie freuen sich nicht nur darüber, dass ein Mitarbeiter besonders gut performt, sondern gucken auch: Worauf basiert dieser Erfolg? Benutzt der Kollege, der plötzlich viel mehr Artikel schreibt als die anderen Kollegen, vielleicht ChatGPT? Oder beruht der hohe Output einfach auf Fortune oder Fleiß?

Wie viel Prozent der Unternehmen in Deutschland praktizieren diese Art des Führens?

Enste: Fast zwei Drittel der Führungskräfte sagen von sich selbst, dass sie mit Werten führen.

Allerdings empfinden nur 5 bis 8 Prozent der Mitarbeiter, dass das tatsächlich stattfindet. Einig sind sich Mitarbeiter und Führungskräfte darin, dass mehr Zeit für Führung zur Verfügung stehen sollte.

Potthoff: Auch Nudges in Form von gezielten Erinnerungen sind ein gutes und günstiges Mittel der Prävention. Das kann beispielsweise der Verhaltenskodex des Unternehmens sein, der vor korruptionsanfälligen Verhandlungen mit den beteiligten Mitarbeitern noch einmal thematisiert wird. Solche Reminder aktivieren andere Gehirnregionen und sorgen dafür, dass sich diese Menschen anschließend wesentlich sozialer verhalten.

Ist die Abschreckung ausreichend? Braucht es härtere Strafen?

Enste: Ein gutes Beispiel ist der Sarbanes-Oxley Code of Ethics: Er bietet Kapitalgesellschaften in puncto Korruptionsdelikten Anreize, präventiv zu agieren. Das Prinzip lautet: Je mehr Prävention ein Unternehmen betrieben hat, desto geringer fällt die Strafe aus, wenn es dann doch zu einem Wirtschaftsver-

brechen kommt. Wer nachweislich nichts unternommen hat, muss bei einem Schadensfall dementsprechend eine höhere Strafe zahlen.

Ansonsten reichen die Gesetze und Maßnahmen aus, es sind ja heute schon Gefängnisstrafen für Wirtschaftskriminelle möglich.

In den vergangenen Jahren waren auch politische Akteure nicht gerade gute Vorbilder bei der Thematik – Stichwort Maskendeals und Cum-ex-Geschäfte ...

Enste: Es scheint so, dass Menschen Leuten, die ein Verbrechen begangen haben, umso eher verzeihen, je komplizierter die Dinge sind. Donald Trumps Verstrickungen in dubiose Geschäfte haben nicht verhindert, dass er Präsident wurde. Viele Wähler erwarten auch einfach nicht, dass Politiker besonders integer sind. Das größte Vertrauen wird in Deutschland nicht der Berufsgruppe der Politiker entgegengebracht, sondern den Feuerwehrleuten.



Fonds-Sparen für die Windkraft

Energiewende. Der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft in Europa ist teuer. Die Staaten können die benötigten Investitionen etwa im Energiesektor nicht allein stemmen. Die Finanzierung neuer Windkraftanlagen kann und sollte daher auch über Investmentfonds erfolgen.

Um die Wirtschaft bis zum Jahr 2050 gemäß den EU-Klimazielen zu dekarbonisieren, sind vor allem im Energiesektor, aber auch in der Industrie, dem Verkehr sowie im Gebäudebereich hohe Investitionssummen nötig. Pro Jahr müssen nach IW-Berechnungen in der EU zwischen 758 und 1.055 Milliarden Euro investiert werden, der größte Brocken entfällt auf Deutschland (Grafik):

Um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, sind allein in Deutschland mittelfristig Investitionen von 195 Milliarden Euro jährlich nötig.

Im Vergleich zur Bundesrepublik hat beispielsweise Frankreich wegen seiner kleineren Industrie und viel CO₂-freier Atomenergie weniger Investitionen vor der Brust.

Fast die Hälfte des gesamten deutschen Investitionsbedarfs, nämlich 94 Milliarden Euro, entfällt auf den Energiesektor. Dort spielt die Windkraft eine entscheidende Rolle. Deutschland will seine Windenergieproduktion bis zum Jahr 2027 um 21.000 Megawatt ausbauen.

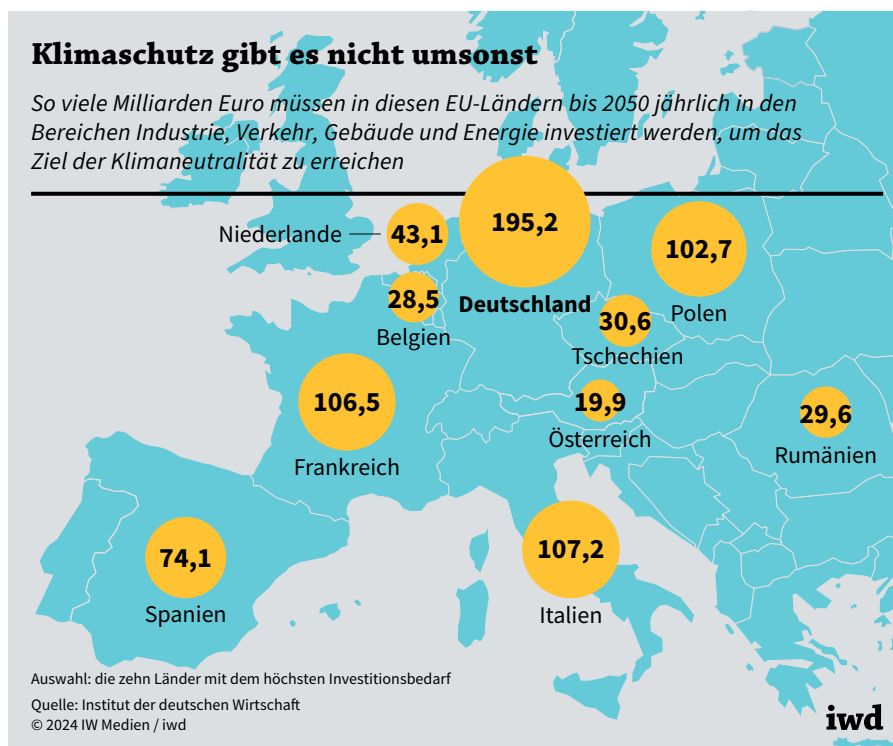
Um die finanziellen Mittel dafür aufzubringen, sollten die Kapitalmärkte eingebunden werden: Kleinanleger mit einem Vermögen von

weniger als 100.000 Euro können sich in der als risikoarm geltenden Betriebsphase beteiligen. Institutionelle Anleger können bereits in der Entwicklungs- und Bauphase investieren.

Die EU hat mit den European Long-Term Investment Funds (ELTIFs) bereits ein entsprechendes Anlagevehikel geschaffen. Ein solcher Fonds kann in ein Portfolio von Energie- oder Infrastrukturanlagen investieren und ist auch für Privatanleger attraktiv, denn er lässt sich für eine steuerbegünstigte Altersvorsorge nutzen.

Die ELTIFs in der Europäischen Union bieten institutionellen Anlegern allerdings nicht im selben Umfang Investitionsanreize, wie es sie in den Vereinigten Staaten gibt. Dort gewährt der Inflation Reduction Act, der unter anderem die Dekarbonisierung fördern soll, eine Reihe von Steuervorteilen. So belohnen die USA beispielsweise das Bereitstellen von Eigenkapital durch den Entwickler eines Windparks oder durch Investoren mit einer Steuergutschrift.

Die EU-Staaten sollten vergleichbare steuerliche Anreize einführen, um noch mehr Kapitalmarktinvestoren und Kleinanleger mit ins Boot zu holen.



IW-Kurzbericht 14/2024

Markus Demary: Finanzierung von Windenergie durch Investmentfonds
iwkoeln.de/investmentfonds

Deutliches Warnsignal

Direktinvestitionen. Im Jahr 2023 hat Deutschland unterm Strich Unternehmenskapital in fast dreistelliger Milliardenhöhe verloren. Auch im internationalen Vergleich ist das ein dramatischer Wert, der die Schwächen des hiesigen Standorts offenlegt. Für die Politik sollte dies ein Weckruf sein.

Wie schlecht es um die deutsche Wirtschaft derzeit steht, zeigen nicht zuletzt die Kennzahlen der Industrie. Die Produktion lag dort im Dezember 2023 real um rund 9 Prozent unter dem Niveau vom Dezember 2020, als sich die Industrie gerade von der ersten Coronawelle erholt hatte – und der Trend zeigt weiter abwärts.

Deutschland hat offenbar ein erhebliches Problem mit der Qualität des Industriestandorts. Dazu passen die mahnenden Stimmen der Fir-

men, wonach unter anderem Bürokratie, zu hohe Steuern und der Fachkräftemangel die Investitionstätigkeit hierzulande hemmen.

All dies hat offenbar längst Konsequenzen für die Strategie der Betriebe, wie die Entwicklung der Direktinvestitionen zeigt (Grafik):

Im Jahr 2023 flossen per saldo 94 Milliarden Euro an Unternehmenskapital aus Deutschland ab.

Das war hinter den beiden Vorjahren der dritthöchste Wert in

der seit 1971 vorliegenden Zeitreihe der Direktinvestitionsströme – es handelt sich also offenbar nicht um ein kurzfristiges Phänomen.

Wie schlecht die Bundesrepublik dasteht, zeigt sich auch im internationalen Vergleich:

Mit fast 81 Milliarden Dollar verzeichnete Deutschland in den ersten neun Monaten des Jahres 2023 von allen OECD-Ländern den zweithöchsten Nettoabfluss an Direktinvestitionen – nur Japan kam mit 125 Milliarden Dollar auf einen noch höheren Wert.

Die Daten zeigen auch, dass die deutschen Unternehmen vornehmlich ihre bestehenden Produktionskapazitäten im Ausland ausbauen. Die Nachteile am hiesigen Standort sind inzwischen offenbar so groß, dass viele Firmen sich lieber im Ausland als in ihrer Heimat engagieren.

Die Bundesregierung hat in ihrem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht den Handlungsbedarf zwar erkannt, muss nun aber Taten folgen lassen. Als Minimum gilt es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Unternehmen Planungs- und damit Investitionssicherheit geben.

Standort D verliert Firmenkapital

Zu- und Abflüsse an Direktinvestitionen nach und aus Deutschland in Millionen Euro

	Zuflüsse	Abflüsse	Saldo
2013	50.372	70.516	-20.144
2014	13.795	79.423	-65.628
2015	56.142	117.828	-61.686
2016	58.019	101.481	-43.462
2017	97.568	130.930	-33.362
2018	142.666	163.915	-21.249
2019	65.783	153.676	-87.893
2020	138.902	134.017	4.885
2021	80.483	180.852	-100.369
2022	43.725	169.006	-125.281
2023	21.899	115.952	-94.053

Direktinvestitionen: Hierzu zählen vor allem Übernahmen, Neugründungen, Reinvestitionen von Gewinnen sowie Kredite zwischen verbundenen Unternehmen über Ländergrenzen hinweg. Die Beteiligung muss in der Regel mindestens 10 Prozent der Stimmrechte umfassen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Sicherheit als Kernkompetenz

Datenwirtschaft. Daten gehören zu den wichtigsten Ressourcen der heutigen Zeit – folglich hat auch die Cloudnutzung in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Um ihr volles Potenzial zu nutzen, braucht es jedoch eine sichere Dateninfrastruktur.

Bislang sind auf dem Markt für Clouddienste vor allem außereuropäische Unternehmen vertreten – gemessen am weltweiten Umsatz liegen Microsoft, Amazon und Alphabet in der Datenwirtschaft vorn.

Um einen Gegenpol zu schaffen, entstand im Jahr 2019 ein neues EU-Projekt: die Initiative Gaia-X. Sie geht auf den früheren deutschen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und seinen französischen Amtskollegen Bruno Le Maire zurück. Die

Grundsätze der Initiative sind Zusammenschluss, Dezentralisierung und Offenheit. Mittlerweile engagieren sich mehr als 300 Unternehmen für Gaia-X – darunter die Deutsche Telekom, Siemens und VW.

Es handelt sich bei Gaia-X nicht um einen eigenen Anbieter von Infrastruktur oder Dienstleistungen, sondern um eine Plattform, die Unternehmen einen Überblick über sichere Clouddienste bietet. Ziel ist es, den geschäfts- und länderübergreifenden Austausch von Daten in

Europa zu ermöglichen. Dabei ist das Wichtigste: Wer die Daten nutzen kann, bestimmt allein derjenige, der sie zur Verfügung stellt.

Gaia-X-konforme Anbieter erfüllen grundsätzlich einheitliche Standards für die Datenspeicherung in Europa. Darin sehen deutsche Unternehmen viele Vorteile, wie der Cloud-Report des Digitalverbands Bitkom im Jahr 2023 zeigt (Grafik):

Fast drei Viertel der Firmen nennen Compliance und Rechtssicherheit beim Datenschutz als wesentliche positive Aspekte von Gaia-X-konformen Diensten.

Jeweils mehr als 60 Prozent der Unternehmen geben als Pluspunkte von Gaia-X die besonders hohen Standards für die IT-Sicherheit und den souveränen und vertrauensvollen Datenaustausch innerhalb der Clouddienste an.

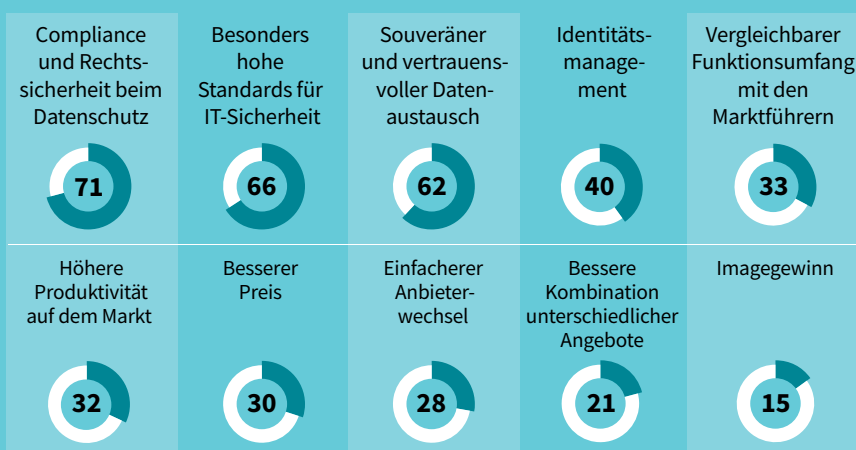
Viele der potenziellen Nutzer blicken optimistisch auf das Projekt: Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen kann sich vorstellen, künftig mit Gaia-X-konformen Diensten zu arbeiten.

Weitere Überzeugungsarbeit soll ein Förderwettbewerb der Bundesnetzagentur leisten: Die Behörde unterstützt darin Projekte, die den Bedarf und Nutzen von Gaia-X deutlich machen.

Gaia-X: Datensicherheit im Fokus

Gaia-X ist eine europäische Initiative zum Aufbau einer föderalen und sicheren Dateninfrastruktur. Das bedeutet, dass die Akteure der Datenwirtschaft sich auf einheitliche Standards, Regeln und Architektur für eine Infrastruktur verständigen sollen.

So viel Prozent der Unternehmen sehen in der Nutzung von Gaia-X-konformen Diensten diese Vorteile



Compliance: Einhaltung von Gesetzen und Regeln in Unternehmen
Identitätsmanagement: Authentifizierung und Autorisierung von Benutzern
Befragung von 554 Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitern zwischen dem 20. Februar und 2. April 2023

Quelle: Bitkom
© 2024 IW Medien / iwd

E-Bikes machen das Rennen

Mobilität. Der Umsatz der Fahrradindustrie in Deutschland ist im vergangenen Jahr trotz gesunkener Verkaufszahlen nahezu stabil geblieben. Was auffällt: Für die Branche wird das E-Bike immer wichtiger.

Ob für den täglichen Weg zur Arbeit, den Wochenendausflug mit der Familie oder eine herausfordernde Tour durch die Wälder – Fahrräder und E-Bikes sind bei den Bundesbürgern nach wie vor beliebt. Insgesamt haben sie im Jahr 2023 rund vier Millionen Stück gekauft. Dabei lagen E-Bikes zum ersten Mal vor den klassischen Fahrrädern, wie Zahlen des Zweirad-Industrie-Verbands zeigen (Grafik):

Insgesamt verkauften die Händler in Deutschland im vergangenen Jahr 2,1 Millionen E-Bikes und 1,9 Millionen klassische Fahrräder.

Auch wenn die Nachfrage deutlich sank – 2022 wurden noch insgesamt 4,6 Millionen Räder verkauft –, ging der Umsatz nur leicht

zurück. Der Fahrradhandel erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 7,1 Milliarden Euro, 2022 waren es 7,4 Milliarden Euro.

Ein Grund für den recht stabilen Umsatz sind die steigenden Verkaufszahlen von höherpreisigen E-Bikes. Durchschnittlich kostete ein E-Bike im vergangenen Jahr 2.950 Euro. Das waren 150 Euro mehr als 2022.

Ein Viertel der Deutschen plant laut Bundesministerium für Digitales und Verkehr, sich in diesem Jahr ein neues Fahrrad oder E-Bike anzuschaffen. Kosten darf das neue Gefährt für die Befragten durchschnittlich bis zu 1.424 Euro.

Unter den E-Bikes sind nach wie vor E-Mountainbikes, E-Trekking- und E-Cityräder beliebt. Aber vor

allem die Modellgruppe der E-Lastenräder holt auf:

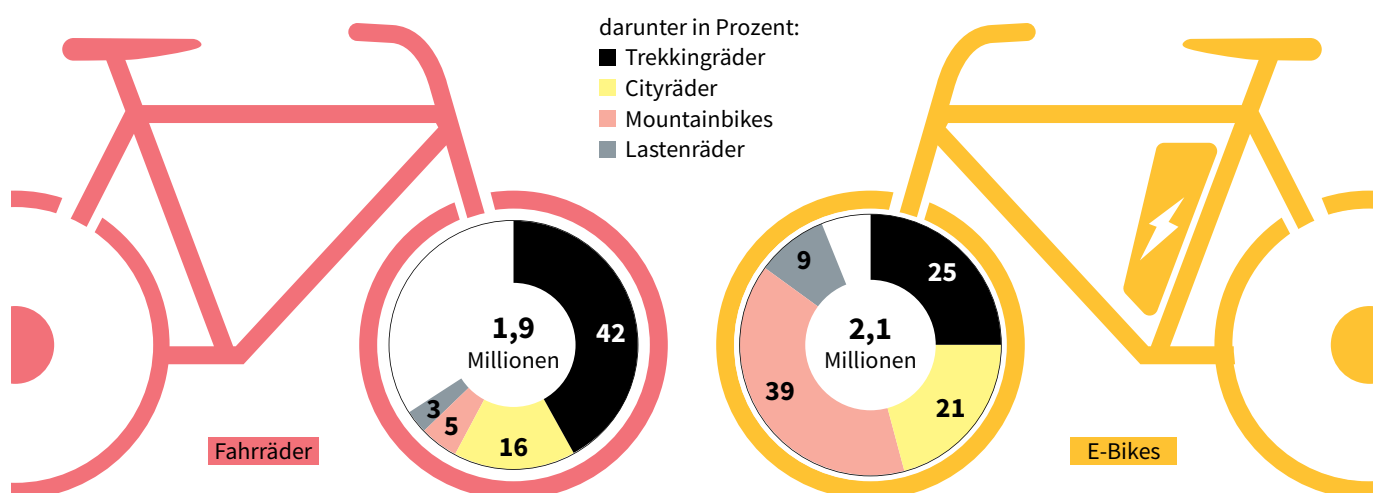
Im vergangenen Jahr legten sich die Deutschen 189.000 E-Lastenräder zu – das waren 14,5 Prozent mehr als 2022. Ihr Anteil an allen verkauften E-Bikes stieg von 7,5 auf 9 Prozent.

Wer sich heutzutage ein Lastenrad kauft, um etwa schwere Einkäufe von A nach B zu fahren, setzt in der Regel lieber auf elektrische Unterstützung statt auf reine Muskelkraft.

Bei den traditionellen Fahrrädern sind Mehrzweckmodelle wie beispielsweise Trekkingräder und Citybikes besonders gefragt. Auf diese Modellgruppe entfielen zuletzt insgesamt 87 Prozent aller verkauften klassischen Fahrräder.

Fahrradverkäufe in Deutschland

im Jahr 2023



Rest zu 100: unter anderem Kinderräder, Rennräder, Hollandräder

Quelle: Zweirad-Industrie-Verband
© 2024 IW Medien / iwd

Katerstimmung in den Weinbergen

Landwirtschaft. Die Nachfrage nach Wein schwächelt und die Weltmarktpreise sind unter Druck. Der Branche fehlt bislang ein Patentrezept gegen die Krise – denn die hat mehrere, ganz unterschiedliche Gründe.

Ob Frankreich oder Spanien, Italien oder Deutschland – Europa produziert jede Menge Wein. Im Durchschnitt waren es zwischen 2016 und 2020 jährlich rund 165 Millionen Hektoliter und damit fast zwei Drittel der weltweiten Produktionsmenge.

In Deutschland ist der produzierte Wein vornehmlich weiß (Grafik):

Im Jahr 2023 erzeugten deutsche Winzer knapp 8,6 Millionen Hektoliter, fast 5,9 Millionen davon waren Weißwein.

Doch die Branche steht vor gewichtigen Problemen. Gleich drei Entwicklungen machen den Weinbauern das Leben schwer:

Kosten. Teurere Energie, die generellen Preissteigerungen und der merklich höhere Mindestlohn haben die Kosten der Weinerzeuger in Deutschland in die Höhe getrieben. Ihre gestiegenen Ausgaben können die deutschen Winzer ob der internationalen Konkurrenz aber nur sehr begrenzt an die Kunden weitergeben.

Konsumverhalten. Zum einen haben sich die Präferenzen gerade bei jüngeren Konsumenten von Wein weg hin zu anderen alkoholischen Getränken verschoben. Zum anderen geht der Trend aufgrund eines geschärften Gesundheitsbewusstseins hin zu „No and low“-Alkohol,

also zu Genussgetränken mit wenig oder null Promille. So hat sich beispielsweise die Produktionsmenge von alkoholfreiem Bier in Deutschland binnen zehn Jahren nahezu verdoppelt.

Überangebot. Konsumenten achten momentan insgesamt mehr auf ihre Ausgaben, da sie mit den Folgen der hohen Inflation zu kämpfen haben und wegen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verunsichert sind. Entsprechend sparen sie vor allem an jenen Produkten, die nicht zwingend notwendig sind – auch am Wein:

Im Jahr 2023 konsumierten die Deutschen laut Deutschem Wein-

Wein aus Deutschland: Weiß liegt vorn

Erzeugung von Wein und Most in 1.000 Hektolitern

	Insgesamt	Weißwein und -most		Rotwein und -most	
		Wein/Landwein	Qualitäts-/Prädikatswein	Wein/Landwein	Qualitäts-/Prädikatswein
2013	8.409	211	4.931	112	3.155
2014	9.202	273	5.515	69	3.344
2015	8.819	216	5.178	55	3.369
2016	9.013	289	5.354	40	3.329
2017	7.462	133	4.450	27	2.852
2018	10.269	362	6.439	92	3.376
2019	8.218	223	4.929	51	3.016
2020	8.405	270	5.383	56	2.696
2021	8.448	279	5.450	70	2.650
2022	8.940	228	5.711	88	2.913
2023	8.596	255	5.627	59	2.655

Rotwein: einschließlich Rotling und Roséwein; Qualitätswein: internationale Bezeichnung für Weine einer höheren Güteklasse, die bestimmte gesetzliche Mindestanforderungen erfüllen;

Prädikatswein: höchste Qualitätsstufe für deutsche Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung und einer amtlichen Qualitätsprüfung

Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2024 IW Medien / iwd

institut (DWI) durchschnittlich 22,5 Liter Wein und Schaumwein – etwa ein Liter weniger als im Vorjahr.

Zudem zeigt die jüngste internationale Befragung der Hochschule Geisenheim unter Weinproduzenten und -händlern, dass sich die Marktsegmente im Weinhandel verschieben: Die Nachfrage nach günstigen Basisweinen ist laut Handel und Produzenten relativ betrachtet gestiegen, während das mittlere Segment verloren hat.

Corona hat darüber hinaus dazu geführt, dass sich viele Weinliebhaber die Keller gefüllt haben und nun weniger Nachschub benötigen. Außerdem gab es in jüngster Vergangenheit nahezu ausnahmslos gute Jahrgänge – was das Überangebot weiter vergrößert hat.

Preisbewusste Weintrinker setzen laut DWI außerdem verstärkt auf importierte Weine, denn die Kosten aufgrund finanziell günstigerer Produktionsbedingungen gemeinhin weniger als deutsche.

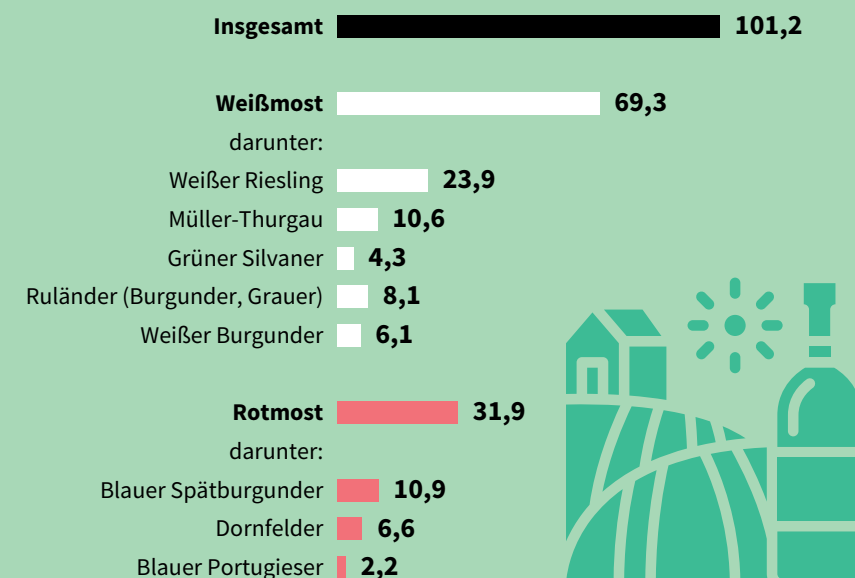
All diese Trends belasten die Weinbranche: Laut Statistischem Bundesamt lagerten Mitte 2023 bei Erzeugern und im Handel 12,1 Millionen Hektoliter Wein. Das waren gut 8 Prozent mehr als im Vorjahr und knapp 2,5 Prozent mehr als im langjährigen Durchschnitt.

Doch nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in Frankreich stellen sich viele Weinbauern die Zukunftsfrage.

Dort zahlten der französische Staat und die EU in den vergangenen Jahren mehrere 100 Millionen Euro, um aus überschüssigem Wein Industrialkohol zu destillieren. Bereits 2022 hatten Winzer in der berühmten Bordeaux-Region gefordert, Anbauflächen stillzulegen – inklusive Sozialplan und Stilllegungsprämien für die Winzer.

Weinanbau: Ein Viertel Riesling

Rebfläche in Deutschland im Jahr 2023 in 1.000 Hektar



Rebfläche: im Ertrag; Rotmost: einschließlich Most aus gemischten Beständen
Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Auch in Deutschland gibt es entsprechende Überlegungen für einige der Rebflächen, denn die Anbaugelände sind groß (Grafik):

Winzer haben in Deutschland 2023 auf mehr als 101.000 Hektar Wein angebaut – eine Fläche, die fast doppelt so groß ist wie der Bodensee.

Das ist zu viel, da der weltweite Weinmarkt nachhaltig aus der Balance geraten ist. Das attestieren drei Viertel jener 2.000 Weinfachleute, die die Hochschule Geisenheim weltweit befragt hat. Zwei Drittel der Branchenkenner fordern, das Angebot zu reduzieren. Für fast die Hälfte ist das nur mit staatlicher Hilfe denkbar; lediglich ein Viertel glaubt, dass sich ein neues Marktgleichgewicht auch ohne Staatseingriff einstellen wird.

Das zentrale Problem der Weinbranche liegt derweil auf der Hand: Die Investitionen in Weinberge

lohnen nur langfristig und werden über 20 bis 30 Jahre abgeschrieben. Müssen Weinlagen viel früher aufgegeben werden, bleibt der Winzer auf seinen hohen Investitionen sitzen. Sicher auch deshalb verfallen aktuell beispielsweise in Baden die Preise für Weinberge und einige Spitzenlagen stehen zum Verkauf.

Zur Wahrheit des europäischen Weinbaus gehört allerdings auch, dass er durch die EU schon lange massiv subventioniert wird – mit jährlich mehr als 1 Milliarde Euro. Die fließen beispielsweise in den ökologischen Weinbau, in Ernteausschlagsversicherungen oder in Marketingmaßnahmen in Nicht-EU-Ländern.

Deutschlands Branche erhält allerdings bislang nur einige Millionen Euro pro Jahr von der EU, während jährlich jeweils mehrere 100 Millionen Euro nach Spanien, Frankreich und Italien fließen.

Der Grund für den Schwund

Tarifpolitik. Gewerkschaften schrumpfen in Deutschland seit Jahren.

Was Mitglieder an Gewerkschaften grundsätzlich schätzen und warum sich Nichtmitglieder gegen einen Beitritt entscheiden, hat das IW nun für die Metall- und Elektro-Industrie untersucht.

Ob bei der Deutschen Bahn, im Einzelhandel oder in der Industrie – wenn es um das Aushandeln kollektiver Arbeitsbedingungen geht, sitzen in der Regel Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zusammen. Am Ende steht ein Flächentarifvertrag,

mit dem im besten Fall beide Seiten gleich gut leben können.

Doch in den vergangenen Jahren bröckelte der Rückhalt auf beiden Seiten. So ging die Zahl der Betriebe in tarifschließenden Arbeitgeberverbänden und damit auch der Anteil

der Beschäftigten, die nach Tarif bezahlt werden, zurück:

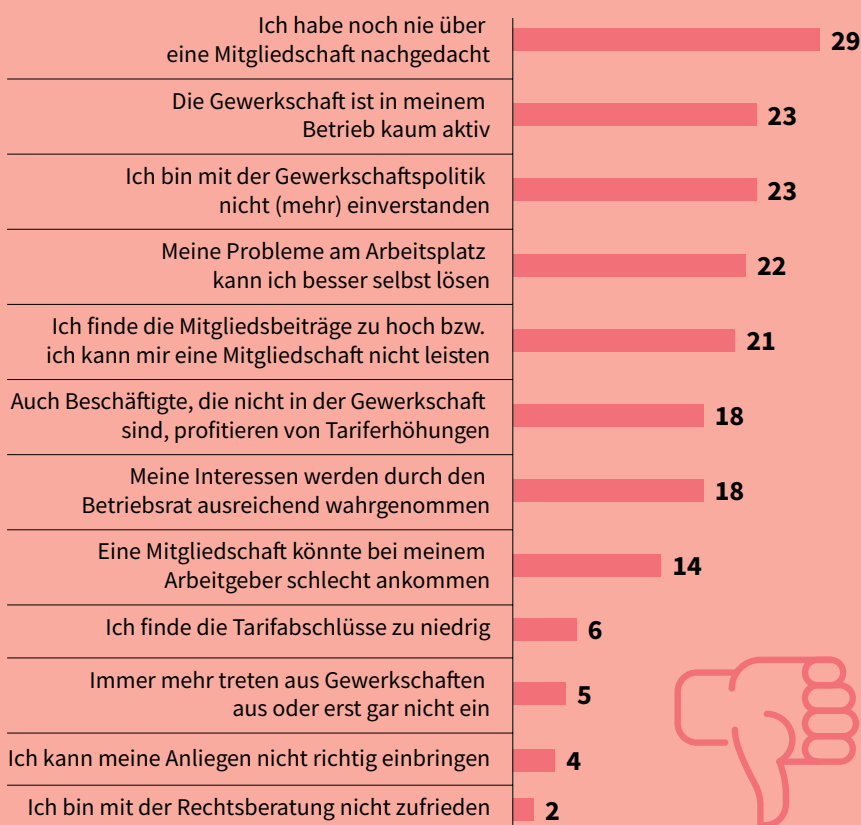
Im Jahr 2000 wurden 63 Prozent der westdeutschen und 46 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten nach Flächentarif bezahlt. Diese Anteile fielen bis 2022 auf 43 Prozent im Westen und auf 33 Prozent im Osten.

Auch die Gewerkschaften haben mit Mitgliederschwund zu kämpfen, nur gut 17 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind noch Teil einer Gewerkschaft. Im Jahr 1991 betrug die Quote noch 39 Prozent. Gerade für die Arbeitnehmer gibt es bislang kaum wissenschaftliche Daten, die die Frage klären, warum sich immer weniger von ihnen kollektiv organisieren. Dieser Lücke hat sich das IW mit einer Beschäftigtenbefragung im Jahr 2023 angenommen und knapp 2.600 Arbeitnehmer aus der Metall- und Elektro-Industrie befragt. Von den Befragten waren 814 in einer Gewerkschaft, 1.750 nicht.

Die erste Erkenntnis: Trotz der sinkenden Bereitschaft, sich zu engagieren, schätzen die Befragten Gewerkschaften. 87 Prozent sind davon überzeugt, dass es dieses Vertretungsorgan zum Aushandeln von Arbeitsbedingungen braucht, vier von fünf Befragten sehen es als wichtige Institution, um Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Regierung und bei Gesetzesvorhaben zu vertreten. Auch die Relevanz von Arbeitgeberverbänden sehen die

Gewerkschaftsbeitritt: Das spricht dagegen

So viel Prozent der befragten Beschäftigten in der Metall- und Elektro-Industrie geben an, aus diesem Grund kein Gewerkschaftsmitglied zu sein



Befragung von 1.750 Nichtgewerkschaftsmitgliedern aus der M+E-Industrie im Frühjahr 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

M+E-Beschäftigten – zwei Drittel sind der Meinung, dass diese Tarifverhandlungen führen sollten.

Das Tarifsystem wird von den Befragten ebenfalls sehr geschätzt: So machen sich gut 70 Prozent Sorgen wegen der rückläufigen Tarifbindung. Daraus folgt: Fehlende Akzeptanz ist kein Grund für die rückläufigen Mitgliedszahlen der Gewerkschaften. Vielmehr fehlt es häufig an Kenntnissen über und Anknüpfungspunkten zu Gewerkschaften:

Von den 1.750 befragten Nichtmitgliedern haben sich 46 Prozent noch nie über eine Gewerkschaft informiert; 62 Prozent dieser Gruppe wissen nicht, wie hoch in etwa der Mitgliedsbeitrag einer Gewerkschaft ist.

Die fehlende Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften taucht auch in den Gründen auf, die für die Befragten gegen einen Beitritt sprechen. So haben drei von zehn noch nie über eine Mitgliedschaft nachgedacht. Beschäftigte wägen zudem Kosten und Nutzen einer Mitgliedschaft ab (Grafik Seite 12):

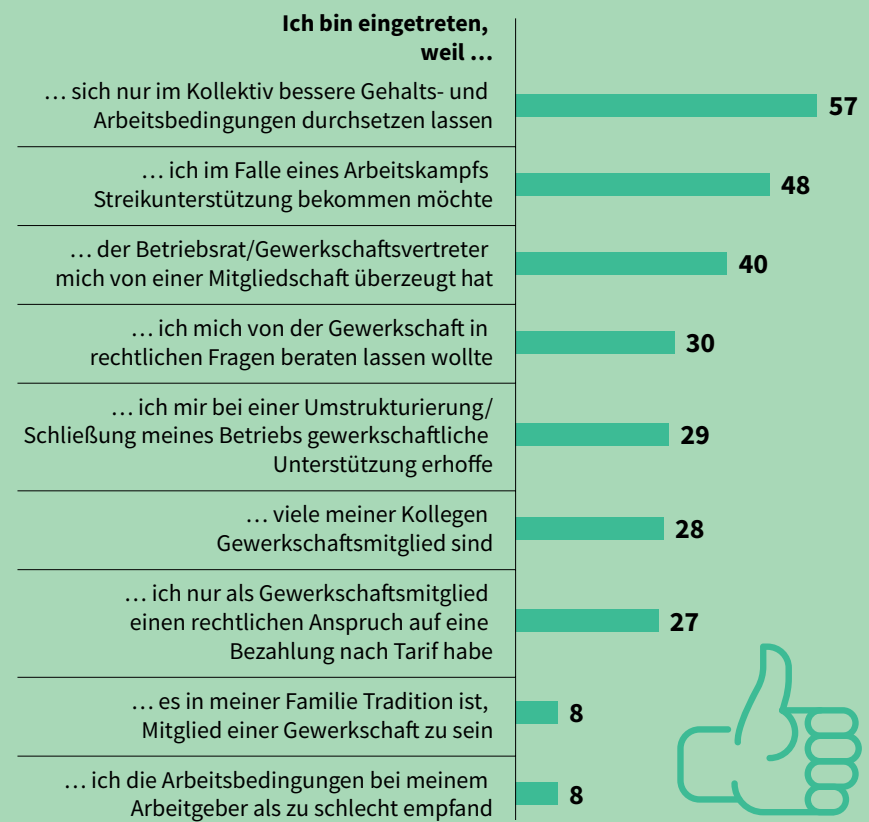
Gut ein Fünftel der Nichtmitglieder empfindet die Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaften als zu hoch beziehungsweise kann sie sich nicht leisten.

Dass es keiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bedarf, um von den Tarifabschlüssen zu profitieren, sehen 18 Prozent als wichtigen Grund, nicht Teil der organisierten Arbeitnehmervertretung zu werden. Außerdem gibt es verstärkt die Tendenz zur Individualisierung – so sind 22 Prozent der Befragten der Ansicht, die eigenen Probleme am Arbeitsplatz besser selbst lösen zu können.

Trotz der vielschichtigen Gründe gegen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft überwiegen für die 814 vom IW befragten Mitglieder die Vorteile – allen voran die Schlagkraft der Gemeinschaft (Grafik):

Gewerkschaftsbeitritt: Das spricht dafür

So viel Prozent der befragten Beschäftigten in der Metall- und Elektro-Industrie geben an, aus diesem Grund Gewerkschaftsmitglied zu sein



Befragung von 814 Gewerkschaftsmitgliedern aus der M+E-Industrie im Frühjahr 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Knapp 60 Prozent der Mitglieder sind in eine Gewerkschaft eingetreten, weil sich aus ihrer Sicht im Kollektiv bessere Gehalts- und Arbeitsbedingungen durchsetzen lassen.

Die Unterstützung im Streikfall war für jeden Zweiten ein triftiger Grund für den Beitritt.

Bereut haben diesen Schritt nur die wenigsten: 83 Prozent sind mit ihrer Gewerkschaft zufrieden, zwei Drittel der befragten Mitglieder sind schon mehr als zehn Jahre dabei. Das Halten von Mitgliedern ist angesichts dieser Ergebnisse weitaus weniger problematisch als das Anwerben.

Für die Gewerkschaften ergeben sich aus der IW-Befragung zwei zentrale Handlungsempfehlungen. Zum einen sollten sie stärker als bisher Nichtmitglieder über ihre Tätigkeit und die Vorzüge eines Beitritts informieren. Zum anderen sollten sie sich damit auseinandersetzen, wie sie die Kosten-Nutzen-Abwägung der Beschäftigten durch Anreize zu ihren Gunsten beeinflussen können.

Aus IW-Trends 1/2024

Helena Bach, Carolin Fulda, Sandra Vogel: Das Für und Wider einer Gewerkschaftsmitgliedschaft iwkoeln.de/gewerkschaften



Über der Kapazitätsgrenze

Schienenverkehr. Immer mehr Menschen in Deutschland fahren Bahn. Die Sanierung und der Ausbau des Schienennetzes hinken dem wachsenden Bedarf aber hinterher. Damit das Netz die steigenden Passagierzahlen und Transportmengen bewältigen kann, müssen die Investitionen weiter kräftig steigen.

In Deutschland ist Bahnfahren nicht gleich Bahnfahren: Während es Regionen gibt, in denen der Zugverkehr mehr oder weniger reibungslos läuft, jagt auf anderen Strecken ein Zug den anderen, sodass Verspätungen auf jeden Fall wahrscheinlich, teils nahezu unvermeidbar sind. Die

hier entstehenden Störungen wirken sich auch auf andere Regionen aus, da sie durch Verspätungen und Ausfälle auch deren Verkehrsablauf verzögern.

Durch den S-Bahntunnel München zum Beispiel fahren 2022 täglich 473 Züge – pro Richtung. Alle

anderthalb Minuten – die nächtlichen Fahrpausen der Linien einberechnet – fährt hier eine S-Bahn durch die Röhre. Auch andere Strecken im Land ächzen unter hoher Auslastung.

Der Grund für die Situation auf der Schiene ist recht simpel: Die Bahn hat seit dem Jahr 2004 erheblich mehr Züge auf die Schiene gebracht und im Wettbewerb mit Straßen und Wasserwegen sogar Marktanteile gewonnen. Haupttreiber war der gestiegene Personennahverkehr. Die Entwicklung in Zahlen (Grafik Seite 15):

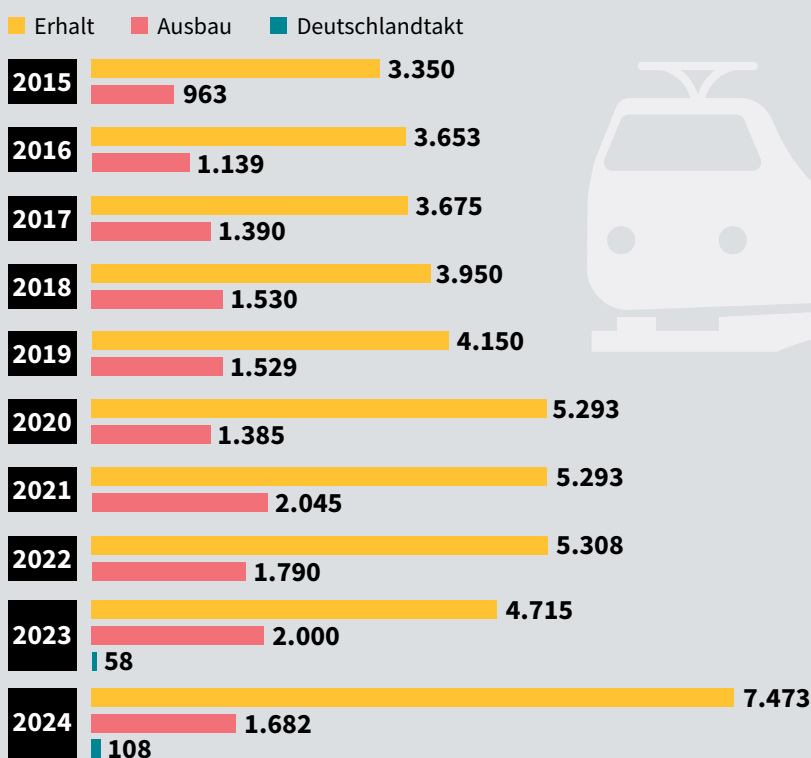
Von 1992 bis 2022 ist die Verkehrsleistung im Schienenverkehr um gut 75 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig ist das Netz von 40.800 auf 33.470 Kilometer geschrumpft. Zwar wurden vor allem wenig befahrene Strecken in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands stillgelegt und der große Abbau endete bereits 2005. Allerdings fehlt bislang der Ausbau der meistgenutzten Streckenabschnitte.

Welche Verbindungen besonders beansprucht sind, erfasst das Eisenbahn-Bundesamt jährlich. Es unterscheidet zwischen vier Stufen der Streckenauslastung jenseits der 100 Prozent. Die höchste Stufe betrifft komplett überlastete Strecken – wie die Bahn diese genau definiert, ist nicht klar:

Mehr Geld für die Bahn

Investitionen des Bundes in das deutsche Schienennetz in Millionen Euro

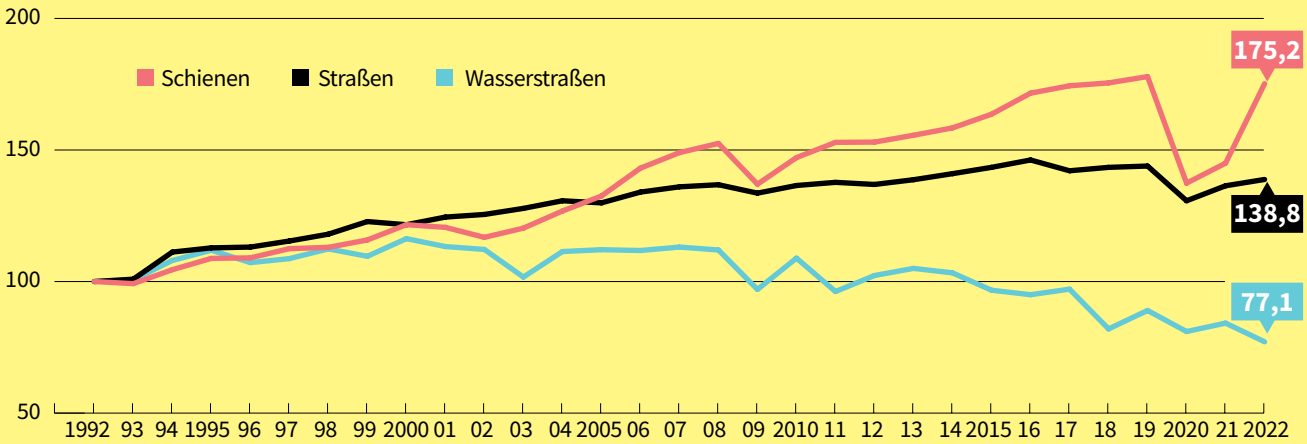


Deutschlandtakt: Maßnahmen zur Beseitigung von Engpässen und zum Umsetzen des Deutschlandtakts
2023 und 2024: geplant

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2024 IW Medien / iwd

Deutlich mehr los auf der Schiene

Verkehrsleistung in Deutschland; 1992 = 100



Verkehrsleistung: Summe aus Personen- und Tonnenkilometern
 Schiene: Personen- und Güterverkehr
 Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr
 © 2024 IW Medien / iwd



Im Jahr 2022 galten in Deutschland 23 Streckenabschnitte im Schienenverkehr als komplett überlastet.

Einige dieser Teilstücke strahlen nur auf ihre Region aus, andere haben massive Auswirkungen auf den Fernverkehr im gesamten Land. Die meisten solcher überlasteten Abschnitte hat Nordrhein-Westfalen mit sechs, darunter die Rhein-Ruhr-Achse. In und um Berlin finden sich fünf der überlasteten Strecken. Ebenfalls große Probleme bereiten Verbindungen um Würzburg, Frankfurt am Main und Mannheim sowie die vom Güterverkehr stark genutzte Strecke von Offenburg in Baden-Württemberg in die Schweiz. Viele der wichtigsten Gütertrassen fallen damit in diese Kategorie.

Inzwischen steigen die jährlichen Investitionen in das Schienennetz

deutlich an, seit 2015 haben sich die entsprechenden Haushaltsmittel des Bundes mehr als verdoppelt (Grafik Seite 14):

Im Jahr 2022 wurden 7,1 Milliarden Euro in das Schienennetz investiert. Davon flossen rund drei Viertel in den Erhalt und ein Viertel in den Neubau von Schienen. Im laufenden Jahr sind für das Netz sogar fast 9,3 Milliarden Euro im Bundeshaushalt veranschlagt.

Die Ausgaben sollen und müssen allerdings weiter steigen. Schließlich will die Bahn 40 wichtige Streckenabschnitte bis zum Jahr 2030 generalsanieren. Bis 2027 – so weit geht die bisherige Finanzplanung – wird vom Bund ein Gesamtinvestitionsbedarf von 88 Milliarden Euro veranschlagt. Inwiefern dieser Wert realistisch ist, ist allerdings umstritten. Denn entsprechende Schätzun-

gen müssen gleich mehrere problematische Entwicklungen berücksichtigen, etwa bei den Preisen:

Die Kosten für den Verkehrswegebau sind von 2015 bis heute um nahezu 64 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Die kumulierte Inflation lag im selben Zeitraum bei 24 Prozent.

Wenn die finanziellen Mittel im Bundeshaushalt also lediglich fortgeschrieben und nicht an die Entwicklung der Preise für den Schienenbau gekoppelt werden, wird die Investitionssumme in den kommenden Jahren in realen Größen sinken.

Ebenfalls kritisch ist der Fachkräftemangel. Denn es ist fraglich, ob alle Projekte in den kommenden Jahren wie geplant umgesetzt werden können, wenn entsprechend qualifiziertes Personal fehlt.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche

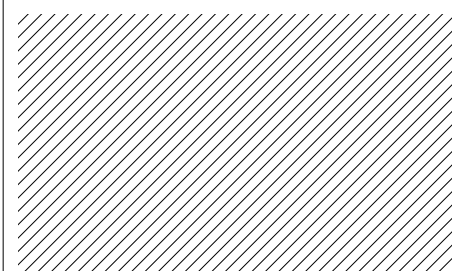


gab jeder Bundesbürger im Jahr 2023 durchschnittlich für Sportlernahrung aus. Unter Sportlernahrung fallen proteinhaltige Produkte wie Proteinpulver, fertige Proteingetränke und Proteinriegel.

Seit dem Jahr 2014 sind die jährlichen Ausgaben laut Marktforschungsunternehmen mafowerk um 93 Prozent gestiegen. Damals gab jeder Deutsche im Schnitt erst knapp 406 Euro für Nahrungsergänzungsmittel aus.

Die drei häufigsten Gründe für den Verzehr von Sportlernahrung sind der Wunsch nach mehr Muskeln, höherer Leistung und geringerem Gewicht.

Wie die mafowerk-Befragung zeigt, sind Proteinprodukte vor allem für Menschen interessant, die Krafttraining betreiben. Zwei Drittel gaben an, „sehr häufig“ oder „häufig“ während des Sports oder unmittelbar danach spezielle Sportlernahrung zu essen und/oder zu trinken, um den Muskelaufbau zu fördern.

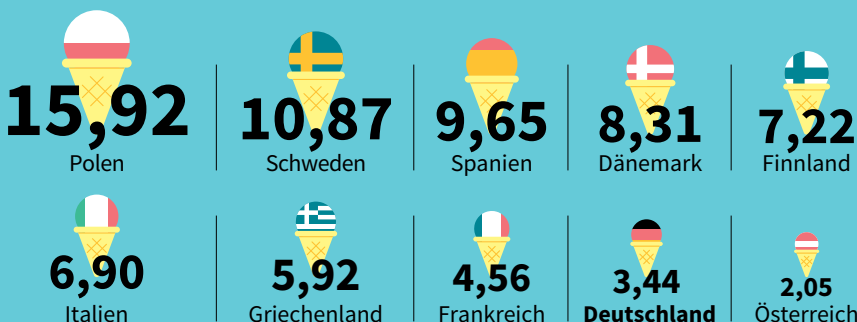


Top-Liste: Polnische Eisliebhaber

Ob Schokolade oder Salzkaramell, klassisch oder modern: Der Frühling ist da und damit beginnt allmählich die Hochsaison für Eiscreme. Doch wie viel Eis schlecken die Menschen in Europa? Dass der Konsum in Italien höher ist als in Deutschland, ist vermutlich wenig überraschend, gilt das italienische Gelato doch als besonders cremig und lecker. Der Pro-Kopf-Absatz von Speiseeis in Italien lag nach den neuesten verfügbaren Daten im Jahr 2021 bei knapp sieben Kilogramm. Die Deutschen kommen nur auf etwa halb so viel mit gut 3,4 Kilo – das entspricht umgerechnet rund 50 Kugeln. So weit, so erwartbar. Doch wer isst in Europa das meiste Eis? Die Polen gönnen sich deutlich öfter eine kühle Erfrischung: In unserem östlichen Nachbarland betrug der Pro-Kopf-Absatz von Speiseeis zuletzt fast 16 Kilo. Am wenigsten gefragt ist die gefrorene Leckerei innerhalb Europas in Österreich. Dort liegt der Absatz bei nur zwei Kilo pro Kopf und Jahr.

Ein Eis geht immer

Pro-Kopf-Absatz von Speiseeis in Europa in Kilogramm im Jahr 2021



Länderauswahl
Quelle: Statista
© 2024 IW Medien / iwd